



19. PSI-Lenkungsausschuss - 18. November 2015

Initiativentschließung über Terrorismus

Am Freitag, 13. November 2015, fanden gleichzeitig Terrorangriffe auf sechs Ziele in der französischen Hauptstadt Paris statt, bei denen 129 Menschen getötet und mindestens 300 weitere verletzt wurden. Die Internationale der Öffentlichen Dienste und alle ihre Mitglieder bekundeten tiefes Mitgefühl für die während der Angriffe in Paris getöteten und verwundeten Opfer und ihre Familien sowie tiefe Abscheu gegenüber diesen sinnlosen und brutalen Gewaltakten. Wir sind solidarisch mit dem französischen Volk, seinen Gewerkschaften und allen MitarbeiterInnen der Notfall-, Gesundheits- und Sicherheitsdienste. Die Furchtlosigkeit des medizinischen Personals vor Ort und in den Krankenhäusern, der RettungssanitäterInnen, der Polizei und der Feuerwehren bestätigen, welche wichtige Rolle öffentliche Dienste in unserer Gesellschaft wahrnehmen. Im Angesicht solch ungeheurer Verbrechen erkennen wir, dass öffentliche Dienste eine existenzielle Bedeutung haben und wir sie deshalb stärken müssen, anstatt ihre Bereitstellung immer weiter einzuschränken. Notfallsituationen wie diese erinnern uns an die Bedeutung einer guten Regierungsführung und der Bereitstellung öffentlicher Dienste, um den Schutz und die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

Als Gewerkschaftsorganisation steht die PSI fest zu ihrer Verurteilung aller Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung und beklagt die gewalttätigen Angriffe, die überall auf der Welt begangen werden. Am 18. März 2015 haben drei Terroristen das Nationalmuseum von Bardo in der tunesischen Hauptstadt Tunis angegriffen. Dabei wurden 23 Personen getötet und 50 Menschen verletzt. Am 26. Juni wurden im tunesischen Ferienort Sousse 38 Menschen getötet und mindestens 39 verletzt. Am 31. Oktober kamen bei einem Anschlag auf ein russisches Charterflugzeug über der Sinai-Halbinsel in Ägypten alle 224 Personen an Bord ums Leben. Diese Angriffe haben eindeutig auch das Ziel, bereits schwache Regierungen und Volkswirtschaften weiter zu destabilisieren, indem die Tourismusindustrie geschädigt und die Arbeitslosigkeit nach oben getrieben wird.

Bei zwei Selbstmordattentaten in Ankara am 10. Oktober starben 96 Menschen, 250 friedliche Demonstrierende wurden verletzt. PSI-Gewerkschaften und Mitglieder der türkischen Gewerkschaftsverbände DISK und KESK nahmen an einer Friedensdemonstration teil und forderten ein Ende der erneuten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und den türkischen Sicherheitskräften. Am 12. November, ein Tag vor den Anschlägen in Frankreich, töteten in der libanesischen Hauptstadt zwei Selbstmordattentäter 43 Menschen und verwundeten 239 Personen. ISIS bekannte sich zu den Attentaten. Wir verurteilen ebenfalls aufs Schärfste den fortgesetzten Terror von Boko Haram in Nigeria und Kamerun sowie die extreme Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Syrien, Libyen und Saudiarabien sowie im Jemen, im Irak und in anderen Ländern.

Diese Angriffe sollen Angst und Hass schüren sowie zu einer Spirale ständig zunehmender Gewalt führen. Die Täter, die diese schändlichen Verbrechen begehen, und ihre Unterstützer müssen identifiziert und vor Gericht gestellt werden. Gleichzeitig müssen wir die Ursachen dieses Terrors bekämpfen. Vor dem Hintergrund dieser angespannten Lage und angesichts der anhaltenden Instabilität in Syrien und anderen Ländern der Region ist es wichtig, dass wir nicht vorschnell nach Sündenböcken suchen und falsche Schlussfolgerungen ziehen. Wir müssen gemeinsam und entschlossen an einer friedlichen Lösung der Konflikte arbeiten, die immer mehr Menschen in den vom Krieg zerrütteten Gebieten zur Flucht zwingen.

Es kann keine Gerechtigkeit ohne Frieden geben, aber genauso kann es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben. Wir fordern alle Regierungen auf, weiterhin an diplomatischen Lösungen zu arbeiten und politische Entscheidungen zu treffen, die sowohl für Frieden als auch für Gerechtigkeit sorgen. Der Tod Tausender unschuldiger Menschen kann keine Rechtfertigung für einen neuen Rüstungswettlauf und den Abbau von Zivil- und Bürgerrechten in den Ländern des Nordens und des Südens sein. Wir müssen wachsam bleiben, damit Redefreiheit und Versammlungsfreiheit nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung eingeschränkt werden. Stattdessen fordern wir mehr Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und andere wichtige öffentliche Dienste, die für den Aufbau inklusiver Gesellschaften unverzichtbar sind.

PSI und ihre Mitglieder weltweit stehen gemeinsam und solidarisch für Frieden, Toleranz, Gerechtigkeit und eine bessere Zukunft für alle ein.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste ist eine internationale Branchengewerkschaft und vertritt 20 Millionen Beschäftigte, die wichtige öffentliche Dienste in 150 Ländern erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fordert den universellen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI arbeitet mit den Vereinten Nationen und partnerschaftlich mit Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und anderen Organisationen zusammen.